

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Amelshain, Beucha, Borsdorf, Cöha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfleinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staadtzig, Threna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erstausgabe wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, abends 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, 1/2-jährlich Mk. 9.—, durch die Post bezogen einschließlich der Postgebühren Mk. 9.30. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 60 Pfg., auswärts 75 Pfg. Amtlicher Zeit Mk. 1.20. Reklamazeile Mk. 1.20. Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, spätere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Ausrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Vertrieb: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Günz & Cule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 4

Sonntag, den 9. Januar 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Durch die abermaligen Zulagen zu den Renten in der Invalidenversicherung macht sich jetzt wieder eine sofortige Erhöhung der Invalidenversicherungsbeiträge notwendig.

Zufolge einer Verfügung der Landesversicherungsanstalt Sachsen vom 31. Dez. 1920 sind die hierzu erforderlichen Mittel aufzubringen durch eine Erhöhung der jetzigen Beiträge um 100%. Diese Erhöhung hat sich auf alle die Beiträge zu erstrecken, die bis zum 20. Dezember 1920 noch nicht erhoben waren. Soweit nach diesem Zeitpunkte bereits Beiträge zum einfachen Werte erhoben wurden, hat Nacherhebung der Erhöhung zu erfolgen.

Die Herren Arbeitgeber werden hiermit von dieser neuen Bestimmung in Kenntnis gesetzt.

Grimma und Naunhof, am 3. Januar 1921.

Hlg. Ortskrankenkasse Grimma-Land.
Landkrankenkasse Naunhof.

Sparkasse der Vereinsbank Naunhof in Naunhof.

Tägliche Verzinsung der Einlagen mit 4%.
Übertragungen durch unser Postcheckkonto Leipzig
No. 10 783 spesenfrei. — Geschäftszelt 9—1 Uhr.

Die polnische Mark.

Nur wirtschaftlichen Lage im polnischen Staat wird uns von sachverständiger Seite geschrieben:

Die Befragung der Abstimmungsordnung für Oberschlesien zeigt, daß die Abstimmung selbst nun allmählich in greifbare Nähe rückt. Wichtig ist die Frage, ob der Oberschlesier für Deutschland oder für Polen stimmen soll, zum Teil eine politische, eine Frage beläufig, deren Beantwortung angeht zum Beispiel des polnischen Wahlrechts und anderer politischen Erscheinungen auf der einen Seite, angeht der einer vernünftigen Ordnung immer deutlicher aufstrebenden Verhältnisse in Deutschland nicht allzuweit. Aber man soll neben der politischen die wirtschaftliche Seite nicht aus den Augen verlieren; deshalb ist es wohl an der Zeit, wieder einmal einen Rückblick zu werfen auf die Wirtschaftslage Polens, des Staates, der nach dem offenberzigen Verhältnis einer Reihe seiner Volksteile wirtschaftlich einfach nicht leben kann, wenn ihm nicht auch noch die Reichtümer Oberschlesiens aufgeteilt werden. Aber man steht sich doch schließlich den Pariser erit an, mit dem gemeinsam man ein Geschäft machen soll. Nun wir dies also.

Im Grunde genommen könnte man sich darauf beschränken, das Urteil der Weltwirtschaftlich maßgebenden Kreise über die polnische Wirtschaft aus den Wechselkursen abzulesen. Die Polen behaupten allerdings, der deutsche Kurs von etwa 10 Reichspfennigen für die polnische Mark sei künstlich gedrückt, wie ja überhaupt nach ihrer Meinung noch nicht einmal Jan Vadersowki einen Schnapsen bekommen könnte, ohne daß dahinter deutsche Mächenschaften stecken. Aber der Kurs der polnischen Mark in England ist sicherlich nicht von deutschen Mächenschaften gedrückt — und er stellt sich um die Jahreswende auf über 2400 polnische Mark für 1 Pfund Sterling (20 deutsche Mark zum Friedenskurs). Er ist seitdem noch weiter gestiegen. Die deutsche Mark steht jetzt, auch sie lag in den letzten Tagen schwach, auf etwa 265 für ein Pfund Sterling. Dabei gibt es, was wiederum die polnischen Blätter gelegentlich selbst ausgeben, einen wirklich ausnahmsfähigen Markt für polnische Währung überhaupt nicht, eine Tatsache, die allerdings nicht überraschen kann, wenn man hört, daß die polnische Regierung selbst sich weigert, ihre Lieferungen mit polnischer Währung bezahlen zu lassen, und die Einfuhr von polnischen Waren nach Polen, d. h. also ihre Verwertung bewußt verhindert. Es gibt aber noch andere Beweise für den Wert der polnischen Mark. So wurde jüngst einmal der Versuch gemacht, 250 Millionen polnische Mark Bankguthaben, d. h. also einen Betrag, der nicht nach außerhalb Polens geschickt werden konnte, in Berlin zu verwerthen. Trotz einer bis auf 5 Millionen Mark, d. h. also 2 Reichspfennige für die polnische Mark heruntergesetzten Forderung, erwies sich der Verkauf als völlig unmöglich!

Aber auch die sonstigen aus Polen bekanntwerdenden Biffen zeigen die trostlose Finanzlage dieses Staates, der doch vor rund zwei Jahren sozulagen ohne einen Pfennig Schulden ins Leben trat; denn die Übernahme eines Teiles der von Frankreich an Rußland einst geliehenen Milliarden ist ein frommer Wunsch Frankreichs, dessen Erfüllung auch höchstens in einer Hypothek auf Oberschlesien bestehen könnte. Seit Monaten liegt in Polen eine innere Anleihe auf, die so glänzend geht, daß längst ein polnisches Blatt zur Beschlagnahme des Zumeistbesitzer der polnischen Wagnatent, um diese zu Geld zu machen. Eine normale Auslandsanleihe zu vernünftigen Bedingungen bekommt Polen auch nicht, nicht einmal in Frankreich.

Für die Teuerung in Polen hat ja vor einigen Wochen der „Kobornit“ Biffen gegeben, die zeigten, daß die Wirtschaftskräfte für viele Waren, und zwar für sehr wichtige, wie Brot, Butter, Obst, Kraut usw., von den Moskauer Breiten gar nicht mehr sehr weit entfernt sind,

und seitdem ist, wie man weiß, die Teuerung in Polen noch weiter gestiegen.

Die Polen hätten, wenn sie eben Wirtschaftler wären, eine ganze Reihe von Industrien und Erwerbszweigen, aus denen sich etwas machen ließe. Sie haben es ja aber noch nicht einmal verstanden, im Polenparadies, in Galizien, die Petroleumindustrie selbst zu entwickeln. Diese müßte ihnen nahezu ausschließlich das Auslandskapital großmachen und jetzt eben scheinen Unterhandlungen mit französischen und amerikanischen Kapitalistengruppen zu schweben, die diesen das Erdölgeschäft so ziemlich völlig ausliefern. Daß auf den polnischen Bahnen bei aus etwa ein Viertel vermindertem Budget die rund vierfache Anzahl von Beamten und Arbeitern tätig ist, ist ebenfalls bezeichnend.

Ein besonders anzusehendes Bild geben diese Biffen und Ausführungen ja nun wirklich nicht; es wäre alles falsch, sie deshalb für übertrieben zu halten. Es ist sogar wahrheitsnäher, daß sie die Lage noch nicht einmal in ihrer ganzen Tragheit zeigen. Vor allem tragen sie den politischen Gefahren keine Rechnung, die Polen von oben drohen und die auch wirtschaftlich natürlich von ungünstigem Einfluß sind. Die Schlüsse aus solcher Zustandsbeschreibung aber möge jeder, den es angeht, selbst ziehen.

Forderung eines gerechten Volkseinstiehs.

Deutsche Einspruchsnote betreffs Oberschlesien.

Wenn das von der Entente-Kommission in Döppeln erlassene Wahlreglement für Oberschlesien und die offenbar beabsichtigte Sonderabstimmung der im Reich wohnenden Stimmberechtigten zu einem späteren Termin wendet sich eine Einspruchsnote der Reichsregierung an die Pariser Völkervereinigung. In der Note heißt es u. a.:

„Wenn jetzt statt dieser dritten Trennung eine zeitliche beschlossen wird, so wird damit die Gefahr von Unruhen und einer Terrorisierung der Wahlberechtigten keineswegs vermindert, sondern vielmehr gesteigert. Nach Vollziehung der ersten und in Erwartung der zweiten Abstimmung wird sich die Bevölkerung in hochgradiger Erregung befinden. Diejenigen, die bereits abgestimmt haben, werden alles daransetzen, das erhoffte Ergebnis nicht durch die zurechtfindenden Oberschlesier beeinträchtigen zu lassen. Die letzteren werden daher ganz besonders Einschüchterungsversuchen ausgesetzt sein. Die Vermeidung vor Gewalttaten ist umso begründeter, als es bis jetzt nicht gelungen ist, dem terroristischen Verbrechen, das in Oberschlesien neuerdings immer häufiger und rücksichtsloser sein Haupt erhebt, wirksam zu steuern.“

Weiter sagt die deutsche Note noch: Die Deutsche Regierung betrachtet die Gewährleistung einer wirklich freien, unbefangenen und geheimen Abstimmung in Oberschlesien als eine Lebensfrage für das deutsche Volk und glaubt Anspruch darauf zu haben, daß diese Frage in diesem Sinne zwei eifrig gelöst wird. Sie mußte daher zwar nach reichlicher Erwägung aus den angeführten gewichtigen Gründen von den Ältesten der Regierung eingeschlagenen Weg für unangenehm erachten, erklärt sich aber gleichzeitig nochmals ausdrücklich bereit, andere ihrer Ansicht nach zweckmäßigere Vorschläge zur Sicherung der Abstimmung zu machen und mit den Beteiligten zu erörtern. Da der bisherige schriftliche Weg zu einem alle Teile befriedigenden Ergebnis nicht geführt hat, so erlaubt sie sich erneut, eine mündliche Besprechung der so überaus wichtigen Frage anzuregen, damit eine Lösung gefunden wird, die die Zustimmung wirklich zu dem von dem Friedensvertrag gemauerten und von allen Beteiligten angestrebten Volkseinstieg gestaltet.

Erbitterte Stimmung in Ostpreußen.

Einigkeit von rechts bis links.

Die Forderung der Entente, daß auch die ostpreussischen Orts- und Grenzwehren aufgelöst werden sollen, hat in der ganzen Provinz Ostpreußen eine tiefe Erregung hervorgerufen, die sich in zahlreichen Protestkundgebungen Luft machte. Diese Erregung beschränkt sich keineswegs auf rechtsstehende Kreise. Vielmehr ist man auch auf sozialdemokratischer Seite, wie sich besonders auch aus den von den Grenzwehren eingehenden Protesten ergibt, vollkommen überzeugt, daß bei der gegenwärtigen Lage der Provinz die Verrückung dieser Organisationen geradezu einen Abenteuerungsversuch bolschewistischer oder polnischer Abenteuerer provozieren würde. Für den Augenblick hat die alsbald nach Bekanntwerden der Ententeforderungen abgegebene Erklärung des Oberpräsidenten, daß er im Falle der Auflösung der Orts- und Grenzwehren zurücktreten werde, beruhigend gewirkt, da man doch noch auf ein Nachgeben der Entente hofft.

England gegen weitere Schwächung Deutschlands.

Aus Paris wird gemeldet, daß die in der Reutersnote ausgedrückten Bedenken hinsichtlich der Meinung der politischen Kreise und auch der militärischen Kreise Englands zum Ausdruck bringen. Das englische Ministerium sei der Ansicht, man müsse sich hüten, die deutsche Regierung zu schwächen, welche zwischen der doppelten Gefahr einer militärischen und einer bolschewistischen Revolution hin- und herzuwanke. Man halte in London die erste Gefahr für weniger groß als die letztere, und glaube auch, daß es gefährlich sei, die Kräfte der jungen deutschen Republik zu untergraben, und daß es im eigenen Interesse der Ältesten liege, daß Deutschland genügend stark bleibe, um sich im Innern und nach außen hin gegen den Bolsche-

wismus zu verteidigen. Die englische Regierung nehme einer mittleren Lösung zu, die darin bestehe, die Verminderung der deutschen Bürgerwehren zu verlangen, aber nicht ihre Auflösung.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

• **Eupen-Walmedy's Vergewaltigung.** Die Reichsregierung hat bei der belgischen Regierung Einspruch erhoben gegen eine Verordnung des belgischen Oberkommissars für die Kreise Eupen und Walmedy, wonach die Beltonen, die sich nach dem 1. August 1914 in den beiden Kreisen niedergelassen haben, binnen einem Monat erklären müssen, ob sie die belgische Staatsangehörigkeit erwerben wollen, und im Falle der Unterlassung einer derartigen Erklärung oder der Ablehnung ihres Antrags die Kreise binnen einem weiteren Monat zu verlassen haben. Die Reichsregierung schlägt vor, den nach dem 1. August 1914 zugezogenen Beltonen die gleiche Frist zum Verlassen des Gebiets zu gewähren wie den Optanten, d. h. ein Jahr.

• **Das neue Reichswehrgesetz** wird dem Reichstage noch im Laufe des Januar vorgelegt werden, nachdem die Verhandlungen über landesmannschaftliche Fragen mit den Landesregierungen abgeschlossen sind. In Vorbereitung befindet sich auch ein Entwurf über Versorgungsmaßnahmen für auscheidende Mitglieder des neuen Reichsheeres im Falle von Unfall und Invalidität.

• **Zur Feier des 18. Januar.** Über die Feier des Reichsgründungstages trifft nachstehender Erlass des preussischen Unterrichtsministers Bestimmung: Am 18. Januar sind fünfzig Jahre vergangen, seit die deutschen Stämme sich zum Deutschen Reich zusammengeschlossen haben. Dieser Tag soll in allen Schulen würdig und eindrucksvoll durch eine dem Ernste der Zeit entsprechende schlichte und stille Feier begangen werden. Aber alles Trennende der Meinungen hinaus ist im deutschen Volke das Bewußtsein seiner Einheit lebendig. Die Gedenkfeier des 18. Januar wird daher nur dann der Bedeutung des Tages gerecht werden, wenn sie aus dem Empfinden unseres gesamten Volkes heraus gestaltet wird. Jede Ausnutzung der Feier zu parteipolitischen Zwecken, insbesondere zur Verherrlichung der früheren Staatsform, ist daher unbedingt zu unterlassen. Angesichts unserer inneren und äußeren Lage spreche ich die bestimmte Erwartung aus, daß in diesem Sinne von allen beteiligten Stellen verfahren wird. Der Unterricht fällt an diesem Tage nicht aus.

• **Aus den Zeiten der Friedenskonferenz.** Aus den Kreisen der amerikanischen Friedensdelegation werden interessante Einzelheiten über den Zusammenstoß Clemenceaus mit Wilson auf der Pariser Friedenskonferenz bekannt. Es handelte sich damals um die Ansprüche Frankreichs auf das linke Rheinufer und das Saarbecken, die von Wilson abgelehnt wurden.

• **Ostpreussische Sorgen.** Der preussische Ministerpräsident Braun nahm im Oberpräsidium an verschiedenen Besprechungen über wirtschaftliche Angelegenheiten Ostpreußens teil. Von besonderer Bedeutung war die Sitzung über die Frage der unsere Grenze bedrohenden Rinderpest. Der Ministerpräsident gab seiner Meinung über den von ihm voll erkannten Ernst der Lage für Ostpreußen Ausdruck und überließ auch seinerseits zu tun, um den Bestrebungen auf Vermeidung dieser augenblicklich schwersten Gefahr für Ostpreußen entscheidenden Nachdruck zu verleihen.

• **Minister Gaensich zum Warburger Studentenprozess.** Kultusminister Gaensich hat an den Vorständen der deutschen Studentenschaft, Herrn von Kubel, ein Schreiben gerichtet, in dem er sich noch einmal zu den bekannten Vorgängen von Thal und Rechterfeld äußert. Der Minister trägt in diesem Brief dem nunmehr rechtskräftig gewordenen freisprechenden Erkenntnis des Kasseler Schwurgerichts Rechnung, behält sich jedoch sein endgültiges Urteil bis zur Entscheidung der Verfahren vor, die augenblicklich noch gegen einige Studenten wegen Mißhandlung wehrloser Gefangener schweben.

• **Lösung der brandenburgischen Krise.** Der Landtag hat den Antrag der Rechtsparleiern auf Einsetzung eines Kontrollausschusses für die Anstellung von Schutzpolizisten beantragt, in welchem die Regierung ein Mißtrauensvotum erwidert und wiederum sie die Vertrauensfrage entworfen hatte, mit 31 gegen 27 Stimmen abgelehnt. In der Gesamtabstimmung wurde dann die Regierungsvorlage wegen Vernehmung der Schutzpolizei mit 30 gegen 23 Stimmen ebenfalls abgelehnt.

Deutsch-Osterreich.

• **Heraufziehende Kabinettstrife.** In Wiener parlamentarischen Kreisen spricht man von einer bevorstehenden Kabinettstrife. Angesichts der Streikbewegung, hinter welcher man einen politischen Sabotageplan der radikalen Elemente der Sozialdemokratie vermutet und angesichts des bisherigen Ausbleibens der angekündigten Finanzhilfe der Entente scheinen die Regierungsparteien sich mit dem Gedanken zu tragen, eine weitere Verantwortung abzulehnen.

Großbritannien.

• **Amerikanisch-kanadische Wagnentente.** Die Londoner Blätter berichten, daß die letzten Meldungen aus Washington in englischen politischen Kreisen großes Aufsehen erregt haben. Man bestreitet, daß die Union und Kanada

Naunhof u. Umg.
Sonntag, den 9. Januar
„Stern“
werden herzlich
D. V.
Naunhof
abends
Naunhof
mlung.
Turnouts.
Gen. Köppner).
wärts.
einzureichen.)
am 5./-6.
erben erucht, zahlreich
er Vorstand.
ann, 1. Vorhänder.
Seft des neuen
Romans * *
„fer“
Rubowski zur
hat der 51. Band
innen. Von Band
und Vererinnen
er denkbar beste
eisen, ist der neue
sind zu richten
n, Parthenstr. 1
ten für Naunhof.
k
eter groß
zu verkaufen
Langestr. 34.
ohnung
ienvilla
Angebote unter „R.
f. Herrenuhr
rband-Steinen
rrok mit 1a Uhnhose
fig.) billig verk.
rckstraße 8, 1.
fter Willig
ums unsere
s gegebenes
zu einem
en
nge Jahre
schaft.